

SATZUNG
über den Schutz von Bäumen innerhalb
des Gebietes der Gemeinde Wilstedt
(Baumschutzsatzung)

Aufgrund des § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.10 in der zur Zeit geltenden Fassung und des § 29 BNatSchG und des § 14 i.V.m. § 22 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 19.02.2010 (Nds.GVB1. 5.104) hat der Rat der Gemeinde Wilstedt in seiner Sitzung am 25.2.2013 folgende Satzung beschlossen:

§1
Schutzzweck

Um das Orts- und Landschaftsbild zu beleben und zu gliedern, zur Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes beizutragen, das Kleinklima zu verbessern und um schädliche Einwirkungen abzuwehren, wird der Baumbestand im Gebiet der Gemeinde Wilstedt nach Maßgabe dieser Satzung geschützt.

§2
Räumlicher Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für den Schutz des Baumbestandes innerhalb der in den anliegenden Karten dargestellten Bereiche der Gemeinde Wilstedt (Anlage: Blatt Innenbereich).

§3
Sachlicher Geltungsbereich

Durch die Satzung werden geschützt:

(1) Folgende Bäume:

- a. alle Laubbäume, Kiefern und Eiben mit einem Stammumfang von mindestens 100 cm,
- b. mehrstämmige Laubbäume, wenn der Umfang eines Einzelstammes mindestens 100 cm und die Summe aller Umfänge mindestens 200 cm beträgt,
- c. Ilex, Weißdorn, Rotdorn und Hainbuche mit einem Stammumfang von 50 cm.

Der Stammumfang ist jeweils in 1 m Höhe über dem Erdboden zu messen. Liegt der Kronenansatz niedriger, so ist der Stammumfang unterhalb des Kronenansatzes maßgebend.

(2) Alle Bäume, die aufgrund von Festsetzungen in Bebauungsplänen zu erhalten sind, auch wenn die Voraussetzungen von Abs. (1) nicht erfüllt sind und diese nach Abs. (3) vom Schutz ausgenommen wären.

(3) Nicht durch die Satzung werden geschützt:

- a. Nadelbäume,
- b. Traubenkirschen,
 - c. Birken,
 - d. Pappeln,
 - e. Obstbäume mit Ausnahme von Wallnussbäumen und Esskastanien,
 - f. Bäume innerhalb von Waldflächen im Sinne des Landeswaldgesetzes sowie Bäume, die aufgrund der §§ 28 ff BNatSchU in Verbindung mit dem § 22 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 19.02.2010

(Nds. GVB1. S.104) anderweitig unter Schutz stehen.

§4 Verbote

- (1) Es ist verboten, geschützte Bäume und Ersatzpflanzungen sowie Teile von ihnen zu beseitigen, zu zerstören, zu schädigen, zu beeinträchtigen oder in ihrer typischen Erscheinungsform wesentlich zu verändern.
- (2) Als Beschädigung und Beeinträchtigung im Sinne des Abs. (1) gelten auch Störungen des Wurzelbereiches geschützter Bäume. Als Wurzelbereich bei Bäumen gilt regelmäßig die Bodenfläche unter der Baumkrone.

Als Schädigungen und Beeinträchtigungen gelten insbesondere

- a. das Befestigen der Bodenfläche mit Asphalt, Beton oder einer anderen wasserundurchlässigen Decke im Wurzelbereich unter der Baumkrone,
 - b. Abgrabungen, Ausschachtungen oder Aufschüttungen im Wurzelbereich unter der Baumkrone,
 - c. die unsachgemäße Anwendung von Düngemitteln oder Herbiziden sowie das Zuführen anderer, die Wurzeln beeinträchtigender Stoffe wie Tausalz, Öle, Säuren, Laugen, Abwasser und Gase im Wurzelbereich unter der Baumkrone. Das fachgerechte Verwenden von Streusalz ist erlaubt, soweit der Kronenbereich zur befestigten Verkehrsfläche gehört,
 - d. die Beschädigungen durch das Anbringen oder Verankern von Gegenständen, welche die Bäume gefährden bzw. beschädigen.
- (3) Eine Veränderung der typischen Erscheinungsform im Sinne des Abs. (1) liegt vor, wenn an den geschützten Bäumen Eingriffe vorgenommen werden, die das charakteristische Aussehen verändern, verunstalten oder das weitere Wachstum nachhaltig behindern.
 - (4) Das Verbot betrifft nicht die üblichen Maßnahmen einer fachgerechten Pflege des Baumes sowie unaufschiebbare Maßnahmen der Gefahrenabwehr. Letztere sind bei der Gemeinde Wilstedt unverzüglich anzuzeigen.

§5 Freistellungen

Keinen Beschränkungen durch diese Satzung unterliegen

- a) die für die Erhaltung der Bäume erforderlichen fachgerechten Pflegemaßnahmen,
- b) unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr, derartige Maßnahmen sind der Gemeinde unverzüglich anzuzeigen,
- c) ordnungsgemäße Unterhaltungsmaßnahmen für bestehende Anlagen des Energie- und Fernmeldewesens, der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung, ferner für bestehende Anlagen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht. Derartige Maßnahmen sind der Gemeinde rechtzeitig vor Inangriffnahme der Maßnahmen anzuzeigen.

§6 Ausnahmen und Befreiungen

- (1) Von den Verboten des § 4 ist von der Gemeinde eine Ausnahme zu erteilen, wenn
- a) der Eigentümer, ein sonstiger Berechtigter oder ein Verpflichteter aufgrund des öffentlichen Rechts oder aufgrund privatrechtlicher Rechtsvorschriften verpflichtet ist, geschützte Bäume zu entfernen oder zu verändern und er sich nicht in zumutbarer Weise von dieser Verpflichtung befreien kann,
 - b) von den geschützten Bäumen Gefahren für Personen oder Sachen ausgehen und die Gefahren nicht auf andere Weise und mit zumutbarem Aufwand zu beheben sind,
 - c) geschützte Bäume erheblich geschädigt sind und die Erhaltung auch unter Berücksichtigung des jeweiligen Schutzzweckes mit zumutbarem Aufwand nicht möglich ist,
 - d) eine nach den baurechtlichen Vorschriften zulässige Nutzung sonst nicht oder nur unter wesentliche Beschränkungen verwirklicht werden kann,
 - e) einzelne Bäume eines Baumbestandes im Interesse der Erhaltung des übrigen Bestandes entfernt werden müssen (Pflegehieb).
- (2) Von den Verboten des § 4 kann im Einzelfall durch die Gemeinde eine Befreiung erteilt werden, wenn
- 1. die Durchführung der Vorschrift
 - a) zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren ist oder
 - b) zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde oder
 - 2. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.
- (3) Eine Ausnahme oder Befreiung kann auch unter Auflagen oder Bedingungen erteilt werden. Insbesondere können Eigentümer, Nutzungsberechtigte und Verpflichtete in angemessenem und zumutbarem Umfang zu Ersatzpflanzungen verpflichtet werden. Dabei ist der jeweilige Schutzzweck zu berücksichtigen.
- (4) Die Erteilung eines Bescheides aufgrund eines Antrages nach Abs. (1) und (2) ist bei der Gemeinde unter Darlegung der Gründe zu beantragen. Die Entscheidung der Gemeinde wird nach einem Ortstermin mit Antragstellerbeteiligung zügig getroffen.

§7 Folgenbeseitigung

- 1. Wer entgegen § 4 ohne Ausnahme oder Befreiung geschützte Bäume entfernt, zerstört, schädigt oder ihre Gestalt wesentlich verändert oder derartige Eingriffe vornehmen lässt, ist verpflichtet, auf eigene Kosten die entfernten oder zerstörten Bäume in angemessenem und zumutbarem Umfang durch Neuanpflanzungen (Ersatzpflanzungen) zu ersetzen oder ersetzen zu lassen oder die sonstigen Folgen der verbotenen Handlung zu beseitigen.
- 2. Die Ersatzpflanzung ist so lange zu pflegen, bis sie zum selbständigen Wuchs fähig ist. Nicht angewachsene Gehölze sind erneut nachzupflanzen.
- 3. Die gleichen Verpflichtungen treffen den Eigentümer oder Nutzungsberechtigten, wenn ein

Dritter die geschützten Bäume entfernt, zerstört, beschädigt oder ihre Gestalt wesentlich verändert hat und dem Eigentümer oder Nutzungsberechtigten ein Ersatzanspruch gegen den Dritten zusteht.

- 1) Ist der Eigentümer oder der Nutzungsberechtigte für einen Eingriff im Sinne von Abs. (1) nicht verantwortlich und es besteht kein Ersatzanspruch gegen einen Dritten, hat er es zu dulden, wenn die Gemeinde Maßnahmen zur Folgenbeseitigung nach Maßgabe von Abs. (1) ergreift.

§8 Allgemeine Pflichten

Die Pflichten (Tragen der Kosten) der Eigentümer und der sonstigen Berechtigten bleiben von dieser Satzung unberührt. Dies gilt auch für die Haftung in Verbindung mit den nach § 2 und § 3 geschützten Bäumen.

§9 Ordnungswidrigkeiten

- a) Ordnungswidrig im Sinne des § 10 Abs. 5 NKomVG handelt, wer ohne dass eine Ausnahme oder Befreiung erteilt wurde, vorsätzlich oder fahrlässig gegen Verbote des § 4 verstößt,
- b) Auflagen oder Bedingungen nach § 6 Abs. (3) nicht nachkommt oder
- c) Ersatzpflanzungen nach § 6 Abs. (3) oder § 7 unterlässt.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Wilstedt, den 26. Februar 2013

gez. T. Riedesel
(Bürgermeister)

